

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Michael Arndt (SPD)**

vom 11. Dezember 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Januar 2014) und **Antwort**

Berlin versinkt im Müll II – Welche neuen Ergebnisse hat die angekündigte Initiative zur Eindämmung der Vermüllung unserer Stadt hervorgebracht?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat jüngst Handlungsbedarf in Bezug auf die zunehmende Verschmutzung des Berliner Stadtbildes, insbesondere durch Einwegverpackungen, zugestanden und die Bildung einer Initiative aus beteiligten und betroffenen Wirtschaftskreisen angekündigt. Welche Kreise wurden bisher zu gemeinsamen Gesprächen eingeladen und wie ist die Resonanz der teilnehmenden Akteure zu bewerten?

Antwort zu 1: Auf Einladung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt haben an einem ersten gemeinsamen Gespräch der Hotel- und Gaststättenverband Berlin e. V., der Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V., die Industrie- und Handelskammer zu Berlin, die DB Station&Service AG, die URBANIS GmbH, die Berliner Verkehrsbetriebe, die Interseroh Dienstleistungs GmbH, die ALBA Berlin GmbH und die Berliner Stadtreinigungsbetriebe teilgenommen.

Die Teilnehmenden haben die Initiative begrüßt.

Frage 2: Welche weiterführenden Informationen hat die Senatsverwaltung hinsichtlich der Zunahme von Abfall durch Mitnahme- und Unterwegsverpackungen zwischenzeitlich erlangt? Insbesondere:

a) Was hat die für September 2013 versprochene Untersuchung der Papierkorbabfälle in Berlin durch die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) ergeben? Liegen inzwischen Zahlen vor, welche Menge an Coffee-To-Go-Bechern jährlich tatsächlich in Berlin konsumiert wird?

Antwort zu 2a: Kurzfristig waren von den Berliner Stadtreinigungsbetrieben keine Ergebnisse zur Untersuchung der Papierkorbabfälle zu erlangen.

Zahlen über tatsächlich in Berlin konsumierte Coffee-To-Go-Becher liegen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt nicht vor und dürften wegen der Vielzahl der Vertrieber auch nicht zu beschaffen sein.

b) Worin sieht die Senatsverwaltung die Ursachen für die Zunahme von Einwegverpackungen und welche weiteren Problemfelder bei der Bekämpfung von Fast-Food-Verpackungen wurden seitens der Wirtschaftsbetriebe und speziell der Entsorgungsunternehmen erörtert?

Antwort zu 2 b: In der Initiative wurde allgemein die Einschätzung vertreten, dass die Ursache für die Zunahme von Mitnahme- und Unterwegsverpackungen und der damit einhergehenden Verschmutzung öffentlicher Bereiche zum einen in veränderten Lebensgewohnheiten hin zu mehr Mobilität und im Weiteren am mangelnden Umweltbewusstsein liegt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt schließt sich dieser Einschätzung an.

Als Problemfelder wurden von den Berliner Stadtreinigungsbetrieben und der Industrie- und Handelskammer u.a. die Entscheidungen, Vorgaben und Planungen der Bezirksämter über Größe, Farbe und Aufstellungsorte von Papierkörben genannt sowie die nicht oder nicht rechtzeitige Einbeziehung der BSR bei baulichen Veränderungen öffentlicher Bereiche. Genannt wurden z. B. die Ausstattung des Alexanderplatzes mit schwer zu reinigendem Belag sowie die umständlichen und zeitraubenden Antragsverfahren bei der Einrichtung von weiteren Unterflursammelsystemen.

c) Welche handfesten Maßnahmen und Initiativen zur Eindämmung der Vermüllung des öffentlichen Straßenlandes sind dem Senat bisher bekannt?

Antwort zu 2 c: Am 01.01.2014 ist die Neunzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Straßenreinigungsverzeichnisse und die Einteilung in Reinigungsklassen in Kraft getreten,

mit der zwei neue Reinigungsklassen eingeführt wurden, durch die Straßen mit touristischen Zielen und besonders hohem Anteil an Einkaufsmöglichkeiten und gastronomischen Einrichtungen zehnmal wöchentlich und Straßen mit überdurchschnittlicher Geschäfts- und Gastronomie-dichte sechsmal wöchentlich durch die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) gereinigt werden müssen.

Zudem haben die BSR und die AG City West eine privatrechtliche Vereinbarung über eine ganztägige Reinigung an sieben Tagen in der Woche der Tauentzienstraße einschließlich Wittenbergplatz und des Kurfürstendammes bis Uhlandstraße geschlossen.

Von den Wirtschaftsbeteiligten wurden in der Initiativgruppe „laufende“ Bemühungen und künftige Einzelinitiativen benannt, die ebenfalls einer sauberen Stadt dienlich sind; beispielhaft hier:

- Vereinbarung mit Mc Donalds über mehr Papierkörbe und Umfeldreinigung,
- Hinweise auf sachgerechte Entsorgung entsprechender Abfälle für Berlinbesucherinnen und Berlinbesucher in Hotels und gastronomischen Einrichtungen,
- Initiative „Service in the City“, in der themabezogen an örtlichen Schwerpunkten gearbeitet wird,
- „Erhöhung der Aufenthaltsqualität“ an U-Bahnhöfen durch Auflagen und Sanktionsvereinbarungen mit Mieterinnen und Mietern (Vertreiber) der U-Bahn-Immobilien zur Verbesserung des Ambientes,
- „App und weg“ – funkgesteuerte Meldung voller Abfallbehälter an den Entsorger.

Frage 3: Welche neuen Erkenntnisse und greifbaren Ergebnisse kann die Senatsverwaltung bisher vorweisen? Speziell:

a) Wurden über die bereits bekannten Maßnahmen hinaus weitere konkrete Schritte zum Vorgehen gegen den Verpackungsmüll erarbeitet und verabredet? Welche Maßnahmen schlagen 1.) die Entsorgungsfirmen und 2.) die Abfall verursachenden Betriebe vor?

Antwort zu 3a: Übereinstimmend wird eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen für erforderlich erachtet, die vornehmlich auf das Schärfen des Umweltbewusstseins bei der Endverbraucherin/beim Endverbraucher zielen und zu einem sozialeren Umweltverhalten führen sollen. Entsprechende Initiativen wären z. B. durch Platzierung in den Medien zu unterstützen.

Außerdem wurde verabredet:

- Zwischen BVG und BSR wird es eine Verständigung zur schwerpunktmäßigen Reinigung von Straßenbahnhaltestellen geben.
- Die Vermietungsgesellschaften von BVG und Bahn prüfen eine Zusammenarbeit mit den Ent-

sorgern bezüglich des Einsatzes spezieller To-Go-Becher und deren ortsnaher Entsorgung zur Verwertung.

- Die Anregung, einen Hinweis zur sachgerechten Entsorgung auf sog. To-Go-Blechern anzubringen, wird durch die Vermietungsgesellschaften bei Bahn und BVG, die Handelsvertreter und die Entsorger im Rahmen ihrer Möglichkeiten an die Vertreiber weitergegeben.
- DB Station&Service als Vermietungsgesellschaft von Immobilien der Bahn wird den S-Bahnhof Jannowitzbrücke im Hinblick auf Sauberkeit prüfen und veranlasste und geplante Maßnahmen zeitnah mitteilen.
- Die anwesenden Wirtschaftsverbände und die BSR teilen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt örtliche Schwerpunkte öffentlicher Bereiche mit, die zur Verbesserung eines sauberen Stadtbildes als „Hot Spots“ in den Focus gestellt werden sollten, ggf. auch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus Bezirksämtern oder weitere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Entscheidungsträger.
- Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird die zuständigen Bezirksämter zu weiteren Gesprächen einladen.

b) Gibt es Erkenntnisse darüber, ob die Verursacher von Verpackungsmüll, respektive die Fast-Food-Ketten, in Erwägung ziehen, sich am Reinigungsdienst der BSR finanziell zu beteiligen? Welche anderen Möglichkeiten der Selbstverpflichtung und Beteiligung an der Müllbeseitigung solcher Betriebe sieht der Senat?

Antwort zu 3 b: Neben der in der Antwort zu Frage 2 c genannten Vereinbarung zwischen den BSR und der AG City West liegen dem Senat keine Erkenntnisse über die Beteiligung der Verursacher von Verpackungsabfällen an den Kosten der Straßenreinigung vor.

c) Da eine kommunale Abgabe auf To-Go-Verpackungen in Form einer Landessteuer sich als juristisch nicht möglich herausgestellt hat: Gibt es Überlegungen der Senatsverwaltung eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Erhebung einer Sonderabgabe auf Landesebene umsetzen zu können?

Antwort zu 3c: In den zuständigen Bund-Länder-Fachgremien wird das Thema eingebracht werden, danach kann über konkrete Initiativen entschieden werden.

Frage 4: Sofern bereits konkrete Maßnahmen für ein sauberes Berlin getroffen worden sind: bis wann sollen diese umgesetzt werden und wer überprüft diese Umsetzung?

Antwort zu 4: Die verabredeten Maßnahmen sollen ab dem Frühjahr 2014 (nach dem letzten Schnee) umgesetzt werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird zu einem weiteren Treffen einladen, in dem erste Ergebnisse präsentiert werden sollen.

Frage 5: Sieht der Senat aufgrund des ausdrücklich betonten Vorbildcharakters von Projekten wie „CupCycle“ sich selbst in der Pflicht und plant in öffentlichen Mensen und Kantinen künftig Mehrwegverpackungen und -becher einzuführen?

Antwort zu 5: In der am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift "Beschaffung und Umwelt" ist bereits für alle öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen verbindlich geregelt, dass der Einsatz von Einweggeschirr und Einwegbesteck sowie Einweggetränkerverpackungen u.a. in Kantinen und Mensen sowie bei Großveranstaltungen nicht zulässig ist. Demnach müssen Mehrwegprodukte eingesetzt werden.

Berlin, den 11. Februar 2014

In Vertretung

R. L ü s c h e r

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Feb. 2014)